

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 73. Ratssitzung vom 6. Juli 2011

1510. 2011/87

Weisung vom 23.03.2011:

Rechnung 2010, Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2010

Vergleiche Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission vom 27. Juni 2011

Eintretensdebatte:

Dr. Urs Egger (FDP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2010 vor: Die Laufende Rechnung 2010 der Stadt Zürich schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 56,2 Mio. Franken ab. Der budgetierte Aufwandüberschuss lag bei 216,6 Mio. Franken. Diese Verbesserung kam einerseits durch höhere Steuererträge bei den juristischen Personen und andererseits durch verminderte Abschreibungen in der Höhe von 62 Mio. Franken zustande. Die Investitionsausgaben liegen um 371,9 Mio. Franken unter dem budgetierten Betrag von 899 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad ist auf 65,6 Prozent gesunken. Die Gemeindebetriebe verzeichnen erneut gute Abschlüsse. Bei einem Aufwand von 1,902 Mrd. Franken und Erträgen von 1,974 Mrd. Franken ergibt dies einen operativen Erfolg von 92,2 Mio. Franken. Das Finanzvermögen hat um 122 Mio. Franken auf 5,15 Mrd. Franken abgenommen - das Verwaltungsvermögen um 274 Mio. Franken zugenommen. Mit dem Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von 56,2 Mio. Franken ist das Eigenkapital per Ende 2010 auf 720 Mio. Franken gesunken. Die Ausgaben für Einkäufe in höher versicherte Besoldungen für aktiv Versicherte der städtischen Pensionskasse belaufen sich per Ende Dezember 2010 noch auf 505,5 Mio. Franken. Verschiedene Sondererträge haben das Ergebnis der Rechnung positiv beeinflusst, wie z. B. die Auflösung von 50 Mio. Franken Rückstellungen aus den Reserven für die Eigenversicherung.

Bezüglich "Einsichtnahme der RPK in Details der Risikoprüfung von Cross-Border-Leasinggeschäften" hat die RPK mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die vorgeschlagenen Empfehlungen umgesetzt werden.

Zum Thema „nicht beantragte Zusatzkredite“ fand im September 2010 eine Aussprache mit dem Stadtrat und dem Rechtskonsulenten des Stadtrats statt. Die dort definierte Praxis ist für die RPK nachvollziehbar und akzeptiert. Sie sieht insbesondere eine erweiterte Begründungspflicht der Dienstabteilungen für Ausgaben vor, für die die Einholung eines ordentlichen oder dringlichen Zusatzkredits notwendig gewesen wäre, aber versäumt wurde. Diese Praxis wird allerdings noch nicht in allen Departementen umgesetzt. Die RPK erwartet von der Verwaltung, dass im Jahr 2011 die Zahl der Budgetüberschreitungen, bei denen ein Antrag auf einen Zusatzkredite hätte gestellt werden müssen, auf ein Minimum reduziert wird, und sofern die Budgethoheit des Gemeinde-

rats verletzt wurde, in der Rechnung eine plausible Begründung vorgelegt wird. Die RPK ist der Meinung, dass insbesondere das Amt für Hochbauten und der Stadtrat diese Budgethoheit verletzt haben.

Zum „Freien Kredit des Stadtrats“ haben im vergangenen Jahr diverse Gespräche mit dem Stadtrat stattgefunden, was zur Praxis geführt hat, dass Kontodetails nun mit vertraulicher Post der RPK zugestellt werden. Die noch ausstehende Neuformulierung des Reglements über die Verwendung des „Freien Kredits“ wurde auf diesen Herbst in Aussicht gestellt. Der RPK geht es vor allem darum, dass künftig bei Anlässen, die bereits von der Stadt über andere Konten unterstützt werden, nicht noch weitere Beiträge aus dem „Freien Kredit“ gesprochen werden.

Ein weiteres Anliegen der RPK sind die „Eigenleistungen der Stadt Zürich im Zusammenhang mit Grossanlässen und Grossprojekten“. Die RPK hat im April 2010 in einer Motion formuliert, dass per Verordnung die entsprechende Weiterverrechnung geklärt werden soll. Der Stadtrat ist bereit, die geforderte Anwendung dieser Regeln in den Weisungen des Vorstehers des Finanzdepartements zu regeln. Die RPK ist im Grundsatz mit diesem Vorgehen einverstanden, erwartet aber eine zügige Umsetzung dieser Änderungen.

Die RPK dankt dem Stadtrat für die stattgefundenene Diskussion im Zusammenhang mit der Vernehmlassungsantwort des Stadtrats zum neuen Gemeindegesetz. Aufgrund dieser Diskussion und der erhaltenen Einsicht, hat die RPK auf eine eigene Stellungnahme verzichtet.

Die „nicht ausgeschöpften Kredite für Lohnmassnahmen“ wurden inzwischen bereits in den Medien thematisiert. Die RPK hat festgestellt, dass im Jahr 2010 von diesen gemäss Budget zur Verfügung stehenden 35 Mio. Franken insgesamt 9 Mio. Franken nicht ausgezahlt wurden. Die für einmalige Prämien zur Verfügung stehenden Mittel wurden nur zur Hälfte ausgeschöpft. Weiter wurde festgestellt, dass die Praxis der einzelnen Departemente und Dienstabteilungen sehr uneinheitlich und nicht immer nachvollziehbar gewesen ist. Im Jahr 2010 sind insbesondere in den Stadtspitälern, in den Altersheimen und bei Entsorgung + Recycling Zürich diese Mittel nur zum Teil eingesetzt worden.

Die höheren Steuererträge sind auf die Auflösung von Rückstellungen für Steuerauscheidungen früherer Jahre im Ausmass von 42,8 Mio. Franken zurückzuführen. Angesichts steigender Ausgaben und unsicherer Steuererträgen, v. a. bei juristischen Personen, hält die RPK die Begrenzung des Ausgabenwachstums in der engeren Verwaltung für notwendig.

Die RPK dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und die Beantwortung der zahlreichen Rückfragen innert zum Teil recht kurzer Frist. Die RPK bedankt sich auch bei der Finanzkontrolle für die pflichtgetreue Ausführung ihres Auftrags und die quartalsweise Orientierung der RPK und der GPK über die getätigten Kontrollen. Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Fraktionserklärungen: siehe Protokoll-Nrn. 1511 – 1517

Persönliche Erklärungen:

Hanspeter Kunz (EVP) verliest eine persönliche Erklärung der EVP-Parlamentsgruppe zur Rechnung 2010.

Patrick Blöchlinger (SD) verliest eine persönliche Erklärung der SD-Parlamentsgruppe zur Rechnung 2010.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung zum Eintreten.

STR Martin Vollenwyder: *Um die gesunden Finanzen der Stadt Zürich erhalten zu können, müssen wir uns in Zukunft sicher einigen Herausforderungen stellen. Wer unser Budget aber immer nur schlecht redet, der sei auf die Tatsache verwiesen, dass uns andere Schweizer Städte und Kantone für unsere präzise Budgetierung immer wieder bewundern. Nicht zuletzt dank der grossen Budgetdisziplin der Verwaltung verfügen wir über ein Eigenkapital von 720 Mio. Franken, und dies notabene nach der schwersten Finanzkrise der Neuzeit. Wenn alle, von links bis rechts, in ihren Begehrlichkeiten zurückhaltend sind, wird am Jahresende hoffentlich genügend Eigenkapital vorhanden sein. Und die Stadt Zürich wird attraktiv bleiben.*

Eintreten ist unbestritten.

Kommissionsminderheit:

Monika Erfigen (SVP): *Das Rechnungsergebnis hätte wesentlich besser ausfallen müssen. Der kleiner als geplant ausgefallene Verlust ist nicht etwa operativ oder des guten Wirtschaftens wegen zustande gekommen, sondern bloss als Folge von Sondereffekten, wie z. B. die Auflösung von Rückstellungen, weniger Abschreibungen und mehr Einnahmen. Das Fremdkapital beträgt heute mehr als 8,5 Mrd. Franken. Die eigentliche Belastung des Haushalts wird von der Nettozinslast bestimmt, welche im Vergleich zum Vorjahr um mehr als zehn Prozent, d. h. um 7,4 Mio. Franken, auf 77,1 Mio. Franken gestiegen ist. Dies bedeutet mehr als 200 000 Franken Schuldzinsen täglich, woraus sich 5,3 Steuerprozent für alle Steuerzahlen ergeben. Dass der Finanzvorstand diese Tatsache mit günstigen Konditionen in der Beschaffung von Liquidität rechtfertigen will, akzeptiert die SVP nicht. Der letztjährige Personalaufwand von rund 2,5 Mrd. Franken schlägt übrigens sämtliche Rekorde. Dass die Stadt Zürich nichtsdestotrotz für Kündigungen im gegenseitigen Einvernehmen Abfindungssummen in Millionenhöhe bezahlt, ist nicht nur unverständlich, sondern eine Frechheit. Der Stadtrat und das Parlament sollten deshalb das Budget konsequent auf die Einnahmen ausrichten. Die Ausgabenflut muss in allen Departementen mittels eines griffigen Sparpakets gestoppt werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Es ist erstaunlich, dass die Stadt Zürich ihr Defizit lobt, während die Rechnungsabschlüsse 2010 in vielen anderen Gemeinden und Kantonen – so z. B. auch im Kanton Zürich – positiv ausgefallen sind. Die Budgetdisziplin der Stadtverwaltung ist längst nicht so gut, wie sie gepriesen wurde. Und das Eigenkapital liegt nicht, wie von STR Martin Vollenwyder erwähnt, bei 720 Mio. Franken, sondern bei 22 Mio., weil die 500 Mio. der Pensionskasse als Schuld zu betrachten sind, wie auch ausdrücklich im Bericht der RPK festgehalten wird. Auch in schwierigen Jahren sollte ein positives Ergebnis erzielt werden können.*

Christoph Spiess (SD): *Ein Defizit ist natürlich nie erfreulich, doch verglichen mit internationalen Massstäben steht die Stadt Zürich keineswegs schlecht da: Wer z. B. den Euro einführen will, darf ein Defizit von höchstens drei Prozent des Haushalts aufweisen und eine Verschuldung von nicht mehr als vierzig Prozent des Bruttoinlandprodukts. Unser Defizit liegt weit unter einem Prozent des Haushalts. Wir dürfen durchaus zufrieden sein.*

Jacqueline Badran (SP): *Die Stadt Zürich hat elf Jahre hintereinander riesige Überschüsse erwirtschaftet, während der Kanton riesige Defizite einfuhr. In diesen elf Jahren konnte die Stadt immerhin einen Bilanzfehlbetrag von minus 1,5 Mrd. Franken in ein Plus von 1 Mrd. Franken umwandeln. Zudem hat die Stadt während vieler Jahre mehr in die Infrastruktur investiert als der Kanton. Der Kanton seinerseits hat viele Aufwendungen elegant an die Gemeinden abgeschoben. Ich teile Monika Erfigens (SVP) Sorge bezüglich Passivzinsen, nicht jedoch die Anklage gegen die städtische Finanzpolitik.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Eine Bemerkung zur Pensionskasse, wo wir jedes Jahr den Betrag anpassen sollen: Würden wir nach dem in der Privatwirtschaft üblichen Rechnungsmodell arbeiten, wäre dagegen nichts einzuwenden. In der Privatwirtschaft schreibt aber niemand degressiv zehn Prozent ab, wie wir es tun. Wir müssen uns nach dem jetzigen Rechnungsmodell ausweisen, damit die nächst höhere Instanz unsere Zahlen genehmigt. Wenn das Rechnungsmodell selbst ändert, werden wir auch hier wieder Änderungen vornehmen können. In diesem Sinn freue ich mich auf das nächste Rechnungsjahr.*

Schlussanträge

1. Die Verwaltungsrechnung 2010 der Stadt Zürich wird genehmigt.

| | |
|-------------|--|
| Zustimmung: | Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) |
| Ablehnung: | Monika Erfigen (SVP) Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP) |
| Enthaltung: | Walter Angst (AL) |
| Abwesend: | Lucia Tozzi (SP) |

5 / 6

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 91 gegen 23 Stimmen zu.

2. Die Rechnung 2010 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Enthaltung: Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Monika Erfigen (SVP)
Abwesend: Lucia Tozzi (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 90 gegen 0 Stimmen zu.

3. Aufgrund der Rechnung 2010 werden per Saldo Einlagen in die Bestandeskonten der Pilotbetriebe zulasten der Rechnung 2011 von Fr. 3 359 800.– genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Ablehnung: Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP)
Abwesend: Lucia Tozzi (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 86 gegen 28 Stimmen zu.

4. Die Rechnung 2010 der Asyl-Organisation Zürich und die Zuweisung des Gewinns von Fr. 660'514.52 zur Reserve werden, gestützt auf Artikel 6, Ziffern 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005, genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Ablehnung: Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)
Abwesend: Lucia Tozzi (SP)

Ausstand: Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 88 gegen 25 Stimmen zu.

5. Von den Rechnungen 2010 der Stiftungen «Wohnungen für kinderreiche Familien» und «Alterswohnungen der Stadt Zürich», die dem Gemeinderat zur Ausübung seines Aufsichtsrechts im Sinne von Artikel 84 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches vorgelegt werden, nimmt der Rat in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Zustimmende Kenntnisnahme: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Kenntnisnahme: Vizepräsident Theo Hauri (SVP) Referent; Monika Erfigen (SVP)
Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne)
Abwesend: Lucia Tozzi (SP)

6 / 6

Ausstand: Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 87 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

| | |
|-------------|---|
| Mehrheit: | Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent; Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) |
| Minderheit: | Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP) |
| Enthaltung: | Walter Angst (AL) |
| Abwesend: | Lucia Tozzi (SP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Verwaltungsrechnung 2010 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2010 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
3. Aufgrund der Rechnung 2010 werden per Saldo Einlagen in die Bestandeskonten der Pilotbetriebe zulasten der Rechnung 2011 von Fr. 3 359 800.– genehmigt.
4. Die Rechnung 2010 der Asyl-Organisation Zürich und die Zuweisung des Gewinnes von Fr. 660 514.52 zur Reserve werden, gestützt auf Artikel 6, Ziffern 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005, genehmigt.
5. Von den Rechnungen 2010 der Stiftungen «Wohnungen für kinderreiche Familien» und «Alterswohnungen der Stadt Zürich», die dem Gemeinderat zur Ausübung seines Aufsichtsrechts im Sinne von Artikel 84 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches vorgelegt werden, nimmt der Rat in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 13. Juli 2011 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat